

**Offener Brief an den
Fachdezernaten für Bildung, Jugend, Soziales, Gesundheit und Sport der Stadt Remscheid,
Herrn Stadtdirektor Burkhard Mast-Weisz**

Kopie an:

Bürger und Bürgerinnen der Stadt Remscheid

Frau Oberbürgermeisterin Beate Wilding

Sozialamt der Stadt Remscheid

Vorsitzender des Migrationsausschusses der Stadt Remscheid, Herr Luigi Costanzo

An die Vertretungen der Parteien CDU, FDP, Grüne, Linke und SPD in Remscheid

Arbeitskreis „Asyl“ Remscheid

Flüchtlingsrat NRW

Frau Monika Düker, Mandat des Landtages, Grüne Landtagsfraktion

**Wir, Flüchtlinge aus Remscheid, wollen nicht mehr in Sammelunterkünften wohnen müssen.
Sammelunterkünfte machen uns krank und Remscheid ärmer.**

Die meisten von uns, etwa 200 Flüchtlingen in Remscheid, sind verpflichtet, auf engstem Raum in Sammelunterkünften zu leben, und dürfen nicht in normale Wohnungen ziehen. Wir leben in vier verschiedenen Unterkünften: Eines für allein stehende Männer, drei für Familien. In den letzten leben teilweise auch allein stehende Frauen, einige von ihnen mit ihren Kindern. Eines davon, das Heim für allein stehende Männer, ist eigentlich eine Notunterkunft: mit Gemeinschaftsküchen, -Bädern und Toiletten.

Dafür bezahlen wir – bzw. die Stadt Remscheid – einen sehr hohen Preis: Die Gebühr pro Quadratmeter beträgt in den Unterkünften 17,43 €. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus 14,67 €/m² Grundgebühr, 1,19 €/m² für Strom, 1,57 € Heizung. Normal ist in Remscheid ein Quadratmeterpreis von 5,-€ für Mietwohnungen. Zum Beispiel wird im Flüchtlingsheim für eine Familie mit zwei Kindern für zwei kleine Zimmer 1.200,-€ Miete bezahlt. Dieselbe Wohnung würde normalerweise höchstens 300,-€ kosten. Eine Unterbringung in normalen Wohnungen wäre gar kein Problem, weil in Remscheid tausende Wohnungen leerstehen [1]. Die Stadt Remscheid argumentiert, dass die hohen Kosten dadurch zustande kämen, weil in den Gebühren auch das Geld für Hausmeister und Sozialarbeiterinnen enthalten ist. In zwei Heime sind 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche Hausmeister vor Ort. In den anderen zwei Heimen sind von Montag bis Freitag jeweils 16h, also zwei Schichten Hausmeister vor Ort. Der Verein BAF beschäftigt alleine für die Flüchtlingsunterkünfte etwa 40 Hausmeister. Ihre einzige Aufgabe besteht aus unserer Sicht nur in unserer Kontrolle und die unserer Gäste. Bei defekten Elektrogeräten in der Küche, bei defektem Licht oder gebrochenen Türen, so z.B. nach dem rechtswidrigen Polizeiüberfall in Oktober 2007 [2], lassen die Hausmeister, Angestellte des BAFs, jegliche Aktivität vermissen. Die BAF selbst wird von der Stadt finanziert. Mehrere Sozialarbeiter sind für die BAF tätig. Wir sagen aber, wir brauchen keine Hausmeister und Sozialarbeiter. Wir können besser in normalen Wohnungen leben und auf uns selbst aufpassen, denn wir sind erwachsen und brauchen keine Aufpasser, die uns nur kontrollieren und der Ausländerbehörde helfen, uns abzuschieben.

Die Sozialarbeiter der BAF sind an ein oder zwei Tagen in der Woche in den Heimen. Wir wissen nicht genau, was ihre Aufgabe ist. Herr Göckel, einer der Sozialarbeiter des BAFs, behauptete im Februar letzten Jahres, dass jeder von den Sozialarbeitern der BAF 100 Klienten habe [3]. Sie fühlen sich von gesundheitlichen Problemen über Schulden bis hin zur Antragsstellung, für sämtliche Sorgen der Asylbewerber zuständig [ebd.]. Als er dies sagte, bekamen wir keine Krankenscheine. Oft mussten wir Schmerzen erleiden und waren auf Hilfe angewiesen, aber von den Sozialarbeitern hörten wir immer wieder dasselbe: „Wartet!“ Ein Freund starb sogar [4]. Er erhielt keine Hilfe [5]. Bei Übersetzungen, Probleme mit den Ämtern und in unseren Asylverfahren erhielten wir die Hilfe, die wir forderten, nicht. Einige von uns haben erlebt, wie ihre Zimmer in ihre Abwesenheit von den Sozialarbeitern und Hausmeistern durchsucht wurden. Bei Abschiebungen haben

wir selbst erlebt wie die Sozialarbeiterin der BAF mehrmals als Handlanger der Polizei fungierte. Bei dem oben genannten rechtswidrigen Polizeiüberfall in Oktober 2007 [2] waren die Freunde im Heim für allein stehende Männer sehr verängstigt. Keiner der Sozialarbeiter hat auch nur gefragt, wie es uns geht. Wir mussten unsere Freundinnen und Freunde außerhalb des Heims fragen und um Unterstützung bitten. Rechtsanwälte und -anwältinnen des Republikanischen Anwälten - und Anwälteverein e.V. haben unser Recht verteidigt und die Gerichte erklärten den Überfall für rechtswidrig [6]. Von den Sozialarbeitern der BAF erfuhren weder Hilfe noch Beistand mit all unseren Problemen. In der Unterkunft in der Nähe des Remscheider Hauptbahnhofs sind die Sozialarbeiter nie vor Ort, obwohl laut Aussage von BAF die Sozialarbeiter ein Mal pro Woche für zwei Stunden vor Ort sein sollen.

Der jetzige Vertrag des BAFs mit der Stadt Remscheid beinhaltet die Stellen der Sozialarbeiterinnen und Hausmeister. Ob sie ihre Aufgaben nachkommen oder nicht, ob ihre Dienste gebraucht werden oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Wenn wir die Beratung und Hilfe von Sozialarbeiterinnen oder Sozialarbeiter brauchen sollten, können wir auf die jeweiligen Regeldienste der Kirchen zugehen.

Bei den Bescheiden von manchen Flüchtlingen, sofern sie ihn erhalten, weist das Sozialamt 5,11 Euro pro Person für Putzmittel auf. Da wir fast nie die Bescheide bekommen, noch von niemanden informiert werden, wissen nur die wenigsten von uns, dass ihnen die Putzmittel zustehen. Die meisten von uns kaufen die Putzmittel und Klopapier aber selber von dem wenigen Geld, dass man uns als Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gibt. Sie mögen fragen, warum wir die kleinen Beträge angeben. Für Menschen wie wir, die teilweise mit 130 oder 140 Euro im Monat auskommen müssen, sind 5 Euro sehr viel. Daher fordern wir immer wieder, dass wir Arbeitserlaubnisse erhalten sollen, um unabhängig zu sein.

Auch alle Elektrogeräte sind angeblich in den Gebühren enthalten, aber diese können nicht immer genutzt werden. In den Flüchtlingsheime sind die Waschmaschinen an Wochenenden nicht zugänglich. In einer Gemeinschaftsküche des Männerwohnheims dort funktioniert der Backofen gar nicht.

Viele von uns wollen und können auch arbeiten, aber dürfen nicht. Die wenigen von uns, die trotzdem eine Arbeitserlaubnis bekommen und Geld verdienen, müssen die unsinnig hohen Mieten dann von ihrem Einkommen selbst bezahlen.

Wir wissen, dass andere Städte – Leverkusen [7], Köln [8], Suhl [9], Münster [10] und viele andere – Sammelunterkünfte für Flüchtlinge längst geschlossen haben und die Flüchtlinge dort in normalen Wohnungen leben dürfen. Wuppertal will demnächst auch die letzten Sammelunterkünfte dicht machen. Das ist für die Kommune viel preiswerter und besser. Der Bürgermeister von Suhl hat z.B. gesagt, dass das Sparpotential groß wäre, auch deshalb weil die Flüchtlinge in Privatwohnungen seltener krank würden. Und außerdem sei das Klima zwischen den Behörden und den Flüchtlingen viel besser und konfliktfreier geworden.

Sammelunterkünfte machen uns kaputt und aggressiv, da wir gezwungen sind, sehr eng zusammen zu leben. Unsere Zimmer sind manchmal keine neun Quadratmeter groß. Aber wir kommen alle mit unterschiedlichen Problemen und unterschiedlichen Bedürfnissen, wir sind aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen. Manche von uns haben Schlimmes erlebt und sind traumatisiert. Diejenigen brauchen Ruhe und einen Schutzraum, aber wir werden gezwungen, mit vielen anderen zusammen zu wohnen und uns – zumindest im Männerwohnheim – Küche, Bad uns alles zu teilen. Deshalb führt das Leben im Flüchtlingsheim manchmal zu Aggressionen und Konflikten. Manche von uns können nachts nicht schlafen, weil es zu laut ist, oder weil sie die Abschiebung ihrer Nachbarn in den frühen Morgenstunden schon erlebt haben und Angst haben, dass das noch mal passieren könnte. Die Sammelunterkunft macht uns krank oder noch kränker.

Für unsere Kinder ist die Situation besonders schlimm, weil sie sich ausgegrenzt und diskriminiert fühlen. Sie trauen sich nicht einmal, ihre Freunde von der Schule mit nach Hause zu bringen, weil sie sich schämen, in einem Heim zu leben. Sie haben keinen Raum für sich, was auch bedeutet, dass sie wenig Möglichkeit haben, für die Schule zu lernen. Das heißt, die Wohnbedingungen im Heim machen die Zukunft unserer Kinder

Referenzen:

- [1] „*Stadtentwicklungskonzept Remscheid, Stärken, Schwächen, Potenziale, Risiken*“, Kurzfassung Phase 1, Büro für Kommunal- und Regionalplanung Essen, Januar 2008, Quelle: http://www.remscheid.de/Rathaus/61/61Allgemein/61STEK/61STEK_Staerken_Schwaechen_Potenziale_Risiken.pdf
- [2] „*300 Polizisten auf Drogensuche*“, Remscheider General-Anzeiger vom 25.10.2007
- [3] „*Zwei Sozialarbeiter betreuen 200 Flüchtlinge*“, Anja Carolina Siebel, Remscheider General-Anzeiger vom 14.2.2009
- [4] „*Rätsel um einen toten Afrikaner*“, Remscheider General-Anzeiger vom 31.01.2007
- [5] „*Wieder fordert die Staatsgewalt ein Todesopfer*“, KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, 18.3.2007, Quelle: <http://thecaravan.org/node/1143>
- [6] „*Pressekonferenz der Flüchtlinge vom 17. März in Remscheid - Bericht KARAWANE*“, KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, 5.4.2009, Quelle: <http://thecaravan.org/node/1916>
- [7] „*Stellungnahme zum „Leverkusener Modell“ zur Unterbringung von Flüchtlingen*“, Flüchtlingsrat Leverkusen, 22.10.2008, Quelle: www.fluechtlingsrat-bayern.de/.../08-10-22_Leverkusener_Modell.pdf
- [8] „*Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen in Köln*“, Beschluss des Rates der Stadt Köln vom 20.07.2004, Quelle: www.stadt-koeln.de/mediaasset/content/pdf5620/1.pdf
- [9] „*Handlungsspielräume werden nicht genutzt*“, Flüchtlingsrat Thüringen, Flüchtlingsrat INFO 2/2009, Februar 2009, Quelle: <http://www.fluechtlingsrat-thr.de/index.php/component/content/article/50-fluerainfo2009/110-fluechtlingsrat-info-22009>
- [10] „*Flüchtlinge klagen über Schikanen, Asylbewerber in Remscheid wollen mehr Freiheiten*“, Stephanie Zeiler, WDR, 6.2.2009, Quelle: http://www.wdr.de/themen/politik/nrw04/remscheid_wohnheime/index.jhtml